

Dresdener Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst für Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. für die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telefon 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Zwingerstraße 21. Telefon 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltige Zeitspalte mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdener Volkszeitung.

Nr. 195.

Dresden, Mittwoch den 25. August 1909.

20. Jahrg.

Kampfesrüttung in Sachsen.

Aus Jüttau wird uns vom Dienstag geschrieben: Als Vertreter des Parteivorstandes erschien heute Genosse Hübner. Gleich nach Beginn der Verhandlung nahm Genosse Hübner zum Punkt Landtagswahlen das Wort, um die einige instruktive Ausführungen zu machen. Er kritisierte dann die Beschlüsse der Parteivorstände durch gemachte Auslegungen einseitigen Bestimmungen und alsdann in allgemeinen Aussagen den geistigen Tiefstand des Dreiklassenlandtages, um charakterisiert die liberalen Parteien als nicht liberal, speziell die Frage der Schule und der Lehrer und erinnert an die Beschlüsse der letzten Jahre besonders in der Wahlrechtsfrage. Das Klassenwahlrecht bezeichnet der Redner sehr glücklich als ein Wahlrecht gegen die Sozialdemokratie, sondern gegen die Befähigten, auch eigentlich diese Begriffe zusammenfallen sollte. Das Ränke der bürgerlichen Parteien bei der Wahlrechtsänderung erfährt eine neue Beleuchtung. Der Redner schildert das machtpolize Bedringen der Demokratie in Sachsen trotz ihrer parlamentarischen Machtlosigkeit, die Gegner schließlich als Reaktion für die politische Bedeutung der Partei anlegte. Trotzdem konnte man sie nicht ignorieren. Mit den paar Beispielen von Mandaten wird sich die lächerliche übertriebene Arbeiterkraft nie zufrieden geben. Der Wahlkampf geführt werden unter dem Gesichtswinkel nicht nur der Wahl, sondern auch der Reichspolitik. Die Schuld der Regierung an den reaktionären Steuererhöhungen ist klar. Hübner weist dann auf die ungünstigen politischen Lage des Landes und der Kassenkammerkammer der politischen Parteien, die einzelnen bürgerlichen Parteien und führt als Beispiel die Unfähigkeit und Unverständlichkeit dieser konservativen Kreise die Unfähigkeit der Deutschen Landesregierung an. Die ergründlichen Verträge der Konservativen, unter solcher Flagge in den Landtagskassen zu legen, erlitten eine drohende Beleuchtung. Kommen die Nationalliberalen, die Schwärmer für Ruralrecht, daran, die ebenso reaktionäre wie die Konservativen, aber sind wie ihre konservativen Spießgesellen. Die Freiwirtschaften werden ebenfalls abgehandelt. Der Redner sprach sein Verwundern darüber aus, daß die Partei der Freiwirtschaften nicht ihren mandatsreichen Situation in der Erwägung gezogen werden müssen. Der dies, Kommissar, Wahlrechtsfrage und Verträge über die Wahlrechtsänderung zu lassen, wird die Billigung jedes Mandats haben.

In der Debatte war über das Verhalten bei den Stichwahlen die Einverständnis vorhanden. Es waren nur Ruancen, die Rede erlangten. Im allgemeinen war man darüber einig, man muß nicht nach der Hauptwahl über das Verhalten des Schwamm entscheiden. Genosse Hübner weist darauf hin, daß die Förderung des allgemeinen Wahlrechts bei dem Wahlkampfe Vordergrund gestellt werden und daß von dem Parteitag ein Vermerk für unsere Kandidatensammlung ausgesendet möge. Die Genossen Eidermann, Hübner und Geier glaubten in den Aussagen des Genossen Hübner eine Abweichung von der eigenen Ansicht der bürgerlichen Parteien gegenüber zu erkennen. Aber schließlich kam die Debatte doch in voller Einmütigkeit zur Annahme des Antrags der Kommissar. Der neue Vermerk über die Doppelkandidaturen wird aufgehoben. Allen nur Kandidaten vermindert werden, aber deshalb brauchen Mandate zum Reichstag noch nicht vermindert zu werden, zu einem Mandat zu kandidieren. Sollten sie dann gewählt werden, dann haben sie sich ihre Reichstagskandidatur niederzulegen. Diese Interpellation Frage enthält der Herr Hübner, der denn auch nach längerer Rede einstimmt angenommen wurde. Die vorgeschlagenen Landtagskassen werden bestätigt; einzelnen Kreisen bleibt es überlassen, noch Mandate über ihre Kandidaten zu befinden. Dann nahm Genosse Geier zu seinem Vortrage über Reichsfinanzreform das Wort, um eine gründliche Abmahnung mit der Regierung und den bürgerlichen Parteien vorzunehmen, daß ganze parlamentarische Sturmschloß zu zerstören. Mit dieser Haltung der Debatte der Reaktion kam die Landesversammlung in Bewegung gegen Glaucaus als Ort der nächsten Landesversammlung, gemäßigt und demnach und siegesreich erlangt zum Ende das Wort auf die Sozialdemokratie!

Kampfesrüttung geht die Sozialdemokratie Sachsen aus ihren Reihen hervor. Die Erwartungen, mit denen wir die Landesversammlung begrüßten, sind im reichsten Maße verwirklicht worden: die von den Delegierten der Partei in Jüttau in ebenso eifriger wie tüchtiger Arbeit ein treffliches Werk geleistet worden. Alle Debatten sind getrieben vom Geist der Einmütigkeit, der Loyalität, der Anerkennung für unseren sozialistischen Kampf. Mit voller Betriedigung sind die Parteigenossen im Lande von den in Jüttau gepflogenen Verhandlungen und den gefassten Beschlüssen Kenntnis nehmen. Die Landesversammlung hat wichtige organisatorische Aufgaben behandelt. Sie hat dafür Sorge getragen, daß die finanzielle Lage der Partei geklärt werde. Wir alle wissen, daß es dem Arbeiter schwer wird, die Großen aufzubringen, die wir von ihnen erwarten, aber wie müssen dieses Opfer fordern in dieser Zeit, da die Interessen bedienenden Parteien mit Geldmitteln zum Übermaß reichlich ausgestattet sind. Die zur Erkenntnis ihrer Klassenlage gelangten Arbeiter wissen auch diese Bedürfnisse wohl zu würdigen und es ist ein großer Ruhm der deutschen Arbeiter, daß sie von dem Wenigen, was ihnen immer bereit sind zu viel einzulegen, daß der politische Kampf gegen die Reaktion und die Arbeiterpartei nicht geführten kann. So haben sich denn auf der Landesversammlung auch die Beschlüsse der bisher führenden Kreise des Landes bereit erklärt, die Landesversammlung zur Durchführung zu bringen. Die Landesversammlung hat ferner die Erneuerung des

Gemeindeprogramms fertiggestellt. Sie hat die Wünsche der Juristen lassen, die nach weiteren Beratungen über einzelne Fragen der Gemeindepolitik für angebracht hielten. Es überwiegt die Meinung, daß das Werk zum Abschluß reif ist. Gerade auf dem Gebiete der Gemeindepolitik, die so tief in die Einzelheiten des praktischen Tageslebens eingreift, treten immer neue Probleme auf, die ein Programm nicht von vornherein umfassen und endgültig lösen kann. Daher wird man in einem bestimmten Zeitpunkt getrost zum Abschluß seiner Programmarbeit übergehen und etwaige Erörterungen und Änderungen der weiteren Entwicklung vorbehalten können.

Das besondere Interesse der Landesversammlung galt den bevorstehenden Landtagswahlen. Genosse Hübner hat in seinem Vortrage die Situation klar und scharf gekennzeichnet und die Landesversammlung zeigt die Partei fertig zum Gefecht. Die lächerliche Reaktion bei der Einbringung seiner Ruralrechtverträge und bei der endgültigen Festschreibung dieses mißgeborenen Wahlgesetzes die Absicht ausgesprochen, es solle nun „mehr Zufriedenheit“ im sächsischen Volke entstehen und die Staatsbürger sollten mit dem Staate wieder zufrieden werden. Auf der Landesversammlung in Jüttau ist schon die rechte Antwort erteilt worden auf diese neuen Klüften der sächsischen Reaktionäre. Die Unzufriedenheit und Erbitterung über die sächsischen Entschlüsse, die den breiten Massen des Volkes wiederum zugefügt wird, sind nachdrücklich zur Ausdrucks gelangt. Es ist deutlich behauptet worden, daß das arbeitende Volk Sachsens sich durch wiederholt ihm zugefügte Vergewaltigungen keineswegs zur gegenwärtigen Entlassung nötigen läßt, daß es vielmehr mit nie ablassender Zähigkeit und nie rastender Tapferkeit den Kampf gegen seine Feinde zu führen gewillt ist. Gestärkt und geleitet durch die Arbeit der Landesversammlung zieht die Sozialdemokratie Sachsens in den Wahlkampf. Die Landesversammlung hat das Signal zum Wahlkampfe gegeben. Die Arbeiterklasse Sachsens vernimmt den Ruf und wird ihm folgen!

Betriebsstatistische Ergebnisse.

Die früheren Mitteilungen über die Hauptergebnisse der Berufs- und Betriebsstatistik vom 12. Juni 1907 werden jetzt vervollständigt durch einen Aufschluß im Reichsarbeitsblatt. Von besonderem Interesse ist es, daraus die deutschen Gesamtziffern der Betriebsentwicklung zu entnehmen. Die Reichsstatistik erfaßt die Größe der Gewerbebetriebe nach der Zahl der in ihnen beschäftigten Personen. Dabei bleiben die sogenannten Nebenbetriebe, d. h. diejenigen, die ohne hauptberuflich beschäftigte Personen betrieben werden, außer Betracht. Die Reichsstatistik hat 13 Größenklassen der Betriebe gebildet und erst wenn die vollständigen Ergebnisse vorgelegt sein werden, wird die Größenentwicklung der Betriebe in ihrer ganzen Eigenart erkannt werden können. Das Reichsarbeitsblatt bezieht sich auf einen Uebersicht über die Hauptklassen der Kleinen, Mitteln und Großbetriebe. Betriebe mit bis 5 Personen bilden die Kleinetriebe, solche mit 6 bis 50 Personen die Mitteln, mit mehr als 50 Personen die Großbetriebe. Ihr Anteil am Gesamtgewerbe und an den drei Abteilungen, die die Gewerbebetriebe aufzählt, ergibt sich aus folgender Uebersicht:

	Gesamtwirtschaft			Gewerbebetriebe														
	Klein	Mittel	Groß	Klein	Mittel	Groß												
Gewerbe über- haupt	1907 5 363 576 3 644 751 5 360 025	37,3	25,4	37,3	1886 4 770 069 3 454 338 3 044 267	46,5	23,9	29,6	1882 4 335 822 1 391 720 1 613 247	59,1	18,9	22,0						
A. Gärtnerei, Tierzucht und Fischerei	1907 96 378	40 820	16 913	62,5	26,5	11,0	1886 70 091	25 853	7 184	68,0	25,1	6,9	1882 51 437	11 422	4 559	76,3	16,9	6,8
B. Industrie, ein- schließl. Berg- bau und Bau- gewerbe	1907 3 200 282 3 714 664 4 937 927	29,5	25,0	45,5	1886 3 191 125 1 902 049 2 907 329	39,9	23,8	36,3	1882 3 270 404 1 108 128 1 554 131	55,1	18,7	26,2						
C. Handel, Ver- kehr, ein- schließl. Schifffahrt und Gastwirtschaft	1907 2 056 916	880 267	385 183	61,6	26,6	11,8	1886 1 509 453	526 431	129 754	69,7	24,5	6,0	1882 1 013 961	271 170	54 557	75,7	20,2	4,1

An Zahl sind die Kleinetriebe, wie sich versteht, die weitest zahlreichsten. Sie haben im Jahre 1882 betragen: 2 882 768, im Jahre 1895: 2 934 723, im Jahre 1907: 3 124 198. Diese absolute Steigerung der Zahl der Kleinetriebe veranlaßt sich im Verhältnis zur Gesamtzahl der Betriebe in eine relative Rückgang. Denn von je 100 Gewerbebetrieben waren im Jahre 1882 Kleinetriebe fast 96 Prozent, 1895: 93,3 Prozent, 1907: 91,3. Die Mittelnbetriebe sind, in absoluten Zahlen, gestiegen von 112 715 im Jahre 1882 auf 191 301 im Jahre 1895 und auf 267 430 im Jahre 1907. Großbetriebe wurden gezählt 1882: 9974, 1895: 18 953, 1907: 32 007. Ein ganz anderes Bild aber noch zeigt sich, wenn wir, an

der Hand der obigen Tabelle, die Zahl der in den verschiedenen Betriebsklassen beschäftigten Personen betrachten. Dann erst kommen wir der wirtschaftlichen Bedeutung der einzelnen Betriebsklassen näher. Danach ist zwar die Zahl der in Kleinetrieben beschäftigten Personen noch im Wachstum begriffen, nämlich von rund 4 1/2 Millionen im Jahre 1882 auf 4 3/4 Millionen im Jahre 1895, und auf 5 1/2 Millionen im Jahre 1907. Diese Steigerung der absoluten Zahl bedeutet aber zugleich eine Abnahme des Anteils der Kleinetriebe am Gesamtgewerbe. Im Jahre 1882 umfaßten die in Kleinetrieben tätigen Personen noch fast 60 Prozent aller gewerbstätigen Personen. Im Jahre 1907 jedoch ist der Anteil des Kleinetriebes auf 37,3 Prozent gefallen, während die gewerbstätigen Personen der Mittelnbetriebe in dem Zeitraum von 26 Jahren von 18,9 Prozent auf 25,4 Prozent und die gewerbstätigen Personen der Großbetriebe von 22 auf 37,3 Prozent stiegen. In der verhältnismäßig kleinen Zahl der Großbetriebe sind also 1907 bereits genau so viel Personen erwerbstätig wie in der sehr großen Zahl der Kleinetriebe. Der Anteil des Kleinetriebes ist von 4 1/2 Millionen zu 5 1/2 Millionen fast verdoppelt, der Anteil des Mittelnbetriebs ist bedeutend, der des Großbetriebs ist rapid gestiegen. Die in das Gewerbe neu eintretenden Menschen haben sich hauptsächlich den Großbetrieben zugewendet, der in 26 Jahren fast 4 Millionen Arbeitskräfte neu aufgenommen hat; die Mittelnbetriebe haben 2 1/2 Millionen, die Kleinetriebe nur eine Million Menschen neu aufgenommen. Also: Je größer der Betrieb, um so mehr Wachstumsenergie zeigt sich. Diese Zahlen sind äußerst lehrreich. Sie bestätigen die von der Sozialdemokratie behauptete Art des wirtschaftlichen Entwicklungsganges.

Nationale Feuersglut und Steuerpumpe.

Wien, am 23. August. — In Mähren hat Sommerbergnügen der deutsch-slovenischen Ausflüge „Einbrüche“ und wechselseitigen Prügeleien seinen Fortgang hat, liegen Regierung und Regierungsparteien in schweren Sorgen, wie die Arbeitsfähigkeit des Parlamentes wieder herzustellen wäre. Im Juli hat bekanntlich Ministerpräsident Wienert das Haus geschlossen und der Obstruktion der slowakischen Union, die zum Zwecke hatte, den rumänischen Handelsvertrag und damit die Fleischzufuhr aus dem Balkan unmöglich zu machen, kampflös das Schicksal geräumt. Könnte der leitende Staatsmann nach seinem Herzen verfahren, so würde er vermutlich wenig Eifer zeigen, das Parlament zu beleben, denn er spielt bei seiner geistigen Unfähigkeit im wirren Kampf der Fraktionen eine recht lächerliche Rolle; mit der Verordnungs Gewalt des § 14 zu regieren wäre weit bequemer. Nun geht das aber durchaus nicht an. Der Staat braucht Geld, heidenmäßig viel Geld, und zu einer Erhöhung der Steuern ist das Wort des Hauses unerlässlich. Auch Österreich ist, nachdem es lange Jahre mit stolzen Überschüssen geprunkt, in das Elend der Defizite geraten: das heutige Budget wird einen Fehlbetrag von 126 Millionen aufweisen. Das böhmische Abenteuer offenbar jetzt die andere minder lächerliche Seite. Und dann — hat man einmal die Bahn der Prestigepolitik beschritten, so will man auch nicht mehr zurück; die letzten Mäßen für die neuen Kanonen, die vier Dreadnoughts, die abgeleugnet werden, deren Bau also gewiß geplant ist, Vorsehrungsmaßnahmen usw. erheischen einen hohen Aufwand. Von den laufenden Einnahmen ist dieser Luxus nicht zu bestreiten.

Woher aber neue Einnahmen nehmen, wenn das Parlament zur Untätigkeit verurteilt bleibt? Deshalb ließ sich Gombosi, der Führer des Polenklubs — als die geeignetste Persönlichkeit zwischen Deutschen und Tschechen zu vermitteln, weil dem Minister eben hierzu die Fähigkeiten abgehen — schon im Juli das Mandat geben, eine „Konferenz“ einzuberufen. Diese trat dann vorige Woche zusammen, und wenn sie auch kein endgültiges Ergebnis zeigte, fand man doch trotz der gesteigerten nationalen Erregung die slowakische Union nicht ungenutzt, die Kampfstellung zu räumen. Das Ministerium kam ihr allerdings so weit entgegen, daß es sofort den Beschluß faßte, die Landtagsaktion der Reichstagsaktion voranzutreiben zu lassen. Es ist das keineswegs eine Einseitigkeit, sondern im böhmischen Landtag hemmt die Verhandlungen die deutsche Obstruktion, wie im Reichsrat die slowakische. Nun besteht zwar zwischen beiden Obstruktionen keinerlei zeitliche oder logische Beziehung, aber die slowakische Union, die ihren Kampf mit einem Erfolg beenden will, setzt als Bedingung, daß der böhmische Landtag flücht wird. Sieht man auf den Ursprung, so wäre da keine Schwierigkeit, da die Obstruktion der Deutschen auch bloß zur Ursache hatte, daß eine an sich unbedeutende Landesbeamtenstelle mit einem Tschechen statt mit einem Deutschen besetzt wurde. Allein auch hier wuchs der Kampf über den Ausgangspunkt hinaus, und wie die slowakische Union heute eigentlich das Ziel verfolgt, eine ihre gemeine Umformung des Ministeriums zu erreichen, so machen die Deutschen zur Voraussetzung, daß dem deutschen Sprachgebiete ein gewisses Maß von Selbstverwaltung gemacht wird, denn sie erachten sich wirtschaftlich durch den von den Tschechen beherrschten Landesausschuß benachteiligt. Hofft nun Wienert wirklich, es werde ihm gelingen, den nationalen Streit an dem Orte seiner beständigen Entflammung zu nähigen? Für so leicht möchten wir ihn doch nicht halten, allein er wagt sich in dem Glauben, daß die Deutschen Rücksichten auf das Parlament, die Tschechen jedoch die hundertfache Beengung der Landesfinanzen zur Nachgiebigkeit stimmen könnten. Um die Länder